

Wachsame Partnerschaft: Der NSA-Skandal liefert neue Impulse für die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Riecke, Henning

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Riecke, H. (2013). *Wachsame Partnerschaft: Der NSA-Skandal liefert neue Impulse für die deutsch-amerikanischen Beziehungen*. (DGAP-Standpunkt, 7). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V..
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-52990-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wachsame Partnerschaft

Der NSA-Skandal liefert neue Impulse für die deutsch-amerikanischen Beziehungen

von Henning Riecke

Die Überwachung der Deutschen zeigt, dass die USA andere Vorstellungen von Freundschaft zu haben scheinen als wir. Aber auch in den USA gibt es Kritik am Vorgehen der NSA in verbündeten Staaten. Wichtig ist: Überwachung von Kommunikation kann in angemessener Weise sinnvoll sein, aber die Ausspähung befreundeter Regierungen und Industriespionage untergräbt jede Partnerschaft. Der NSA-Skandal kann für die Deutschen als »Reality Check« wirken und eine interessen geleitete Partnerschaft einleiten. Die Bundesregierung sollte auf engere Geheimdienstabkommen mit den neugierigen Freunden drängen und gleichzeitig die deutsche Spionageabwehr stärken.

Staaten haben keine permanenten Freunde oder Feinde, sondern nur permanente Interessen. Dieser Satz ist so vielen Politikern zugeschrieben worden, dass er fast schon zum Sprichwort wurde. Zwischen Deutschland und den USA steht das Verständnis von zwischenstaatlicher Freundschaft im Moment auf dem Prüfstand. Die Kommunikationsdaten von Millionen von Deutschen wurden von einem Geheimdienst des stärksten Verbündeten gesammelt, die direkten Gespräche der Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Partei sind abgehört worden. Dass hier eine Grenze überschritten worden ist, zeigt die Empörung, die durchaus auf beiden Seiten des Atlantiks herrscht.

Aufmerksame Freunde ...

Skandalisierung hilft jedoch nicht weiter. Wichtiger ist eine nüchterne und interessen geleitete Diskussion über den Charakter der Geheimdienstarbeit und die Perspektiven der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Der NSA-Skandal kann den Deutschen die Augen für die reale Welt öffnen.

Deutschland ist für die Amerikaner wichtig, allein wegen seines Gewichts in der EU und der Eurozone, wegen seiner guten Beziehungen zu Russland und China. Dabei herrscht nicht immer Übereinstimmung zwischen Berlin und Washington, gerade die deutsche Zurückhaltung in der Sicherheitspolitik nervt viele Amerikaner. Grund genug, ein Auge auf uns zu haben. Möglicherweise ist das Verhältnis der Amerikaner zu uns nüchterner als umgekehrt. Die Überwachung der Deutschen zeigt, dass die USA andere Vorstellungen von Freundschaft zu haben scheinen als wir und stärker auf die eigenen Interessen und die Nützlichkeit ihrer Verbündeten schauen als wir.

Drei Ebenen der Überwachung

Wenige gehen auf die unterschiedlichen Aspekte des Skandals ein: Da ist die flächendeckende Sammlung und Auswertung von Kommunikationsdaten von Bürgern befreundeter Staaten, die nun bekannt geworden ist. Dann gibt es die direkte Ausforschung vertraulicher Gespräche von staatlichen Vertretern und sogar

Regierungsmitgliedern. Zudem vermutet die deutsche Industrie, dass die Überwachung durch die NSA auch der Industriespionage dient.

Durch die Datensuche mithilfe ausgefeilter Algorithmen gelingt der Überblick über Kontakte und Netzwerke von Verdächtigen. Dass dabei die Versuchung zum Missbrauch wächst, ändert nichts daran, dass diese Praxis in der Auseinandersetzung mit global agierenden Gewalttätern grundsätzlich nachvollziehbar und legitim ist. An ihr beteiligen sich ja auch verbündete Dienste wie der BND. Es mag schwer sein, illegale Übergriffe zu verhindern, aber es wäre leichtfertig, das Instrumentarium deswegen gleich insgesamt aufzugeben.

Das Abhören von Regierungskommunikation und von diplomatischen Vertretungen jedoch ist reine Spionage, lässt sich nicht mit dem Kampf gegen den Terror erklären, hat sicher politische und wirtschaftliche Motive. Eine Industriespionage großen Ausmaßes, die nicht China, sondern wohl auch die USA in deutschen Netzen betreiben, wäre ebenfalls nicht hinnehmbar.

Vermischt man aber all diese Komplexe, Kommunikationsüberwachung und Spionage, macht man es den Apologeten in Washington zu leicht, jegliche Überwachungspraxis mit dem Antiterrorkampf zu rechtfertigen.

Auch in den USA umstritten

In den USA gibt es ebenfalls Konflikte über die Zugriffsmöglichkeiten der Geheimdienste, doch folgen sie anderen Frontlinien. Nach dem 11. September haben sich die USA selbst einen Freibrief ausgestellt, der es ihnen erlaubt, im Kampf gegen den Terror die Grenzen des Anstands und der Angemessenheit auszudehnen. Die USA verfügen über die nötige Software, stattdessen ihre Dienste mit enormen Summen aus und haben obendrein die wichtigsten Internetanbieter auf ihrem Territorium. Dort vergreifen sie sich auch ohne Zustimmung von Yahoo und Google an den Nachrichten und offenbar auch an deren Inhalten. Irgendjemand, ob nun der Präsident oder der Leiter

der NSA, hat dann entschieden, dass auch die Ausspähung befreundeter Regierungen politisch möglich und richtig wäre. Die Ausweitung dessen, was an Überwachung legitim und legal erachtet wird, hat auch den Wechsel zu Präsident Barack Obama überlebt. Und der ist, egal wie viel er von diesen Übergriffen wusste, verantwortlich.

In den USA wächst die Kritik am Vorgehen der ausufernden Sicherheitsdienste. Im US-Kongress wird Kritik an der Spionage bei Verbündeten laut, vor allem aber stören sich Abgeordnete und Senatoren an der Umgehung der parlamentarischen Kontrolle. Auch innerhalb der Regierung dürften die Meinungen über die Abhörpraxis auseinander gehen. Die NSA hat der amerikanischen Regierung eine Suppe eingebrockt, die jetzt die Diplomaten in den Botschaften auslöffeln müssen. Es gibt also Verbündete für die deutschen Beschwerdeführer in Washington.

Nicht alles auf »Halt«

Die Bundesregierung hat allen Anlass und ein gutes Recht, eine sichtbare Umkehr der amerikanischen Politik zu fordern. Die Abhörmaßnahmen der USA im deutschen Regierungsviertel sind ein Vertrauensbruch und werden von Politikern und der Öffentlichkeit auch so verstanden. Deutschland kann aber die Amerikaner nicht durch Druck oder Sanktionen zur Raison zu bringen. Weder die Geheimdienstzusammenarbeit noch die anstehende Handels- und Investitionspartnerschaft können wir zur Disposition stellen. Die TTIP ist für die Deutschen wichtig, nicht nur wegen des erwarteten Anstiegs des deutsch-amerikanischen Handelsvolumens und bis zu zwei Millionen neuer Jobs im OECD-Raum. Das Abkommen kann den Westen auch für den Wettbewerb mit asiatischen Mächten zusammenschweißen.

Gefragt sind nun neue Umgangsformen in der Geheimdienstzusammenarbeit, in Form einer politischen Vereinbarung. Obama hat eine Überprüfung der Geheimdienste bis Dezember in Gang gebracht und schon die Bereitschaft signalisiert, auf die Ausspähung befreundeter Regierungen zu verzichten. Das ist gut,

muss aber noch in eine präsentierbare Form gegossen werden. Ein bilaterales Abkommen ähnlich den »Five-Eyes«-Abkommen mit englischsprachigen Partnern ist jetzt auch mit Deutschland auf dem Weg – es würde den Schutz vor amerikanischer Spionage bei Regierungen und Industrie mit engerer Zusammenarbeit der Geheimdienste verbinden. Natürlich wird damit das zerstörte Vertrauen nicht auf einen Schlag wieder hergestellt. Aber es könnte als ein Orientierungsrahmen für die Praxis auch künftiger US-Regierungen angelegt werden.

Deutschland kann sich auch mit einem solchen Abkommen nicht entspannt zurücklehnen. Schwieriger wird es nämlich, die Sammelwut der Dienste im Zaum zu halten. Das gelingt der US-Regierung selbst nur in begrenztem Umfang. Schließlich ist die Versuchung zu groß, eben auch Inhalte von E-Mails und Gesprächen auszuwerten, weil sie nun einmal leicht erreichbar sind. Immerhin hat der Streit jetzt deutlicher werden lassen, dass allein das schiere Ausmaß der Datensammlung Ängste auslöst und dass die Internetanbieter dagegen

aufbegehren, nolens volens zu Mittätern gemacht zu werden.

Gefragt ist deshalb eine Stärkung der deutschen Abwehrfähigkeit. Zwar hinterlässt das riesige neue Hauptquartier des BND in Berlin nicht den Eindruck von Unterfinanzierung. Die Gegner in Ost und West statten ihre Dienste aber besser aus. Und bisher hat die deutsche Abwehr bei den Aktivitäten verbündeter Nationen offenbar weggesehen. Beim Cyber-Schutz deutscher Unternehmen gibt es schließlich auch großen Nachholbedarf, doch auch sie haben den Warnruf verstanden.

Engere Geheimdienstzusammenarbeit und höhere Wachsamkeit gegenüber internationaler Spionage – so würde der NSA-Skandal den Deutschen am Ende eine vorsichtige und interessengeleitete Partnerschaft mit den USA nahe bringen.

Dr. Henning Riecke
<riecke@dgap.org>